

## Pressemitteilung

Wiesbaden/Hanau, den 06. Februar 2006

Einbürgerung

### **Keine unnötige Erschwerung**

Vorsitzende der hessischen Ausländerbeiräte für mehr staatsbürgerliche Bildung und eine sachliche Diskussion

Die Vorsitzenden der hessischen Ausländerbeiräte lehnen eine unnötige Erschwerung der Einbürgerung ab. Bei einem Treffen am Wochenende in Hanau plädierten sie vielmehr für ein Mehr an staatsbürgerlicher Bildung, die für alle gelten müsse.

Die schon jetzt praktizierten Prüfungsverfahren, Gespräche und Tests reichten nach Ansicht der Migrantenvertreter/innen völlig aus und hätten sich in der Praxis bewährt. Eine weitere Erschwernis sei kontraproduktiv. Dadurch würden Migranten in Zukunft eher entmutigt als ermutigt, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen. Überflüssige zusätzliche Hürden im Einbürgerungsverfahren erreichten nur das Gegenteil, was auch erklärtes Ziel der Hessischen Landesregierung ist: Ausländer zur Einbürgerung zu ermutigen.

Ausdrücklich begrüßten die Vorsitzenden hingegen die Forderung nach mehr staatsbürgerlichem Wissen. Dies müsse aber für alle gelten: Ausländer, Einbürgerungswillige und Deutsche. Die politische Bildung in Deutschland müsse daher als solche auf den Prüfstand und verbessert werden. Als erste Schritte forderten die Vorsitzenden eine deutliche Anhebung der Stundenzahl der Orientierungskurse im Rahmen der Integrationskurse und eine Stärkung der politischen Bildung an hessischen Schulen.

Gleichzeitig warnten die Vorsitzenden davor, den Streit um die Einbürgerung weiter emotional anzuheizen. Dies fördere nur Vorurteile und schade dem Zusammenleben der Menschen. Kurzsichtige wahltaktische Manöver schadeten nur der Integration. Gerade in Wahlkampfzeiten verdiene dieses sensible Thema eine sachliche Diskussion.